

07.12.2012

PRESSEMITTEILUNG

Wohin geht es Herr Minister? - Eltern fordern Vorfahrt für gute Bildung

Zahlreiche Fragen und Anmerkungen gab es an den Gastredner, Kultusminister Dr. Bernd Althusmann, anlässlich der gemeinsamen Sitzung der Kreis- und Stadtelternräte mit Mitgliedern des Landeselternrates, die am 01.12.2012 stattfand.

Bei der Begrüßung griff die Vorsitzende des Landeselternrates, Sabine Hohagen, zwei Themen auf, die die Eltern, gerade in Bezug zur kommenden Landtagswahl, im Blick haben sollten: Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Elternvertreter, besonders im Schulvorstand, müssten gestärkt und nicht abgebaut werden; die Schulinspektion in ihrer geplanten neuen Form muss personell deutlich aufgestockt werden, damit endlich das Ziel erreicht wird, jede Schule in Niedersachsen von einer Schulinspektion alle 4 Jahre profitieren zu lassen, um das Ziel, Qualität in Schule weiter zu entwickeln, voranzutreiben. Dr. Althusmann führte zur niedersächsischen Bildungspolitik aus und nahm sich anschließend Zeit für die Fragen und Sorgen der Elternräte.

In der folgenden Diskussion warb der 1. stellvertretende Vorsitzende des Landeselternrates, Stefan Bredehöft, für die Einführung einer landesweiten Elternschulungsstruktur, damit sich Elternvertreter/-innen im Land besser mit ihren Rechten und Pflichten vertraut machen können. Die funktionierende Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule sei auch ein wesentlicher Faktor für den Erfolg von Schule. Daher müssten Eltern Zugang zu landesweit einheitlichen Angeboten zur Qualifikation haben.

Die Forderung nach einem notwendigen Einsatz von Schulsozialarbeitern und Sozialpädagogen an allen Schulen betonte Mike Finke, 2. stellvertretender Vorsitzender, und unterstrich, dass Bund, Land und Kommunen hier einheitliche und langfristige Möglichkeiten der Finanzierung formulieren müssen, damit Sozialarbeit in Schule nachhaltig funktionieren kann.

Am Ende des Gespräches mit dem Minister fasste Hohagen einige markante Punkte aus der Diskussion zusammen, um diese dem Minister ins Stammbuch zu schreiben. So ist das Abitur nach 9 Jahren an den Integrierten Gesamtschulen genauso eine wesentliche Forderung der Eltern wie ein deutliches Nachsteuern zu Verbesserungen am G 8 der Gymnasien. Eine gebundene Ganztagschule für Gesamtschulen, aber auch für jede andere Schule, die dies will, mit ausreichenden Mitteln auszustatten sowie die inklusive Schule mit mehr Personal und besseren Rahmenbedingungen als bisher geplant umzusetzen, sind ebenfalls grundlegend für die Eltern. Der Bereich der Unterstützung von Schülern mit Migrationshintergrund ist auszubauen, auch hier mit Verstärkung der Lehrerfortbildung.

In der anschließenden Gesprächsrunde hatten die Vertreter aus den Kreis- und Stadtelternräten Gelegenheit, über aktuelle Themen aus ihren Regionen zu sprechen. Dabei wurden unter anderem die uneinheitliche Handhabung bei der Vergabe der Kopfnoten, die Ferienregelung, die Übernahme von Schülerbeförderungskosten auch im Sek. II-Bereich oder die Situation der Lehrerversorgung von den Elternvertreter/-innen vorgetragen und Forderungen erhoben.

Für Rückfragen steht Frau Hohagen gern zur Verfügung, Tel.: 0175 59 10 579.